



Deutsches Lohndumping gefährdet Europa

Deutsches Lohndumping gefährdet Europa
"Die Reallöhne in Deutschland müssen deutlich steigen, soll die Krise in der Euro-Zone überwunden werden. Als Sofortmaßnahme ist der gesetzliche Mindestlohn mit zehn Euro einzuführen. Um die gewerkschaftlichen Durchsetzungschancen in Tarifverträgen zu verbessern, muss die Einschüchterung der Beschäftigten durch Leiharbeit, Befristungen und vor allem durch das Sanktionsregime von Hartz IV gestoppt werden", erklärt Michael Schlecht zum heute vorgestellten Bericht des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) über die Entwicklung der Arbeitskosten in Europa. Der Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE weiter: "Das durch Lohndumping ermöglichte exportorientierte Wirtschaftsmodell hat in die aktuelle Krise in der Euro-Zone geführt. Es ist absolut widersinnig, auf dieser Strategie die Zukunft Europas aufbauen zu wollen. Wenn Europa - oder auch nur die Euro-Zone - versuchen würde, dauerhaft auf das deutsche exportorientierte Modell umzuschwenken, wären so die Weichen für die nächste weltweite Krise gestellt. Ein auf Massenkaukraft und insbesondere guten Löhnen und Gehältern basierendes Wirtschaftsmodell ist nötig. Die Troika-Programme hingegen haben zu einer Abwärtsspirale aus Kürzungen, Wirtschaftseinbruch und Lohndumping geführt. Die Folgen sind Massenarbeitslosigkeit und Schleifung des Sozialstaates in den betroffenen Ländern."
F.d.R. Susanne Müller
Die Linke. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 22 75 11 70
Telefax: 030 22776248
Mail: fraktion@linksfraktion.de
URL: <http://www.pds-im-bundestag.de>

Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

pds-im-bundestag.de
fraktion@linksfraktion.de

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

pds-im-bundestag.de
fraktion@linksfraktion.de

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen DIE LINKE..